

Pressemitteilung  
Kiel, 23.01.2024

## **Drogenszene: Kiel muss wieder vor die Entwicklung kommen**

*Die SSW-Ratsfraktion bedauert, dass sich die Einrichtung eines Drogenkonsumraums auf dem Kieler Westufer nach einem Bericht der Kieler Nachrichten um unabsehbare Zeit verzögert. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ratsherr Marcel Schmidt:*

„Aus dem Artikel ‚Drogenkonsumraum: Pläne verzögern sich‘ der heutigen Ausgabe der Kieler Nachrichten geht hervor, dass sich die 2021 von der Ratsversammlung beschlossene Einrichtung eines Drogenkonsumraums auf dem Kieler Westufer auf unabsehbare Zeit verzögert. Diesen Rückschlag für das Projekt finden wir äußerst schade, da wir in den vergangenen Monaten eigentlich den Eindruck gewonnen hatten, dass der Drogenkonsumraum für das Westufer schon viel weiter sei, als die Berichterstattung jetzt vermuten lässt.

Ein Drogenkonsumraum auf dem Ostufer – der in den letzten beiden Ratssitzungen des vergangenen Jahres diskutiert wurde – ist zuletzt mit dem Argument zurückgestellt worden, dass man mit dem Raum auf dem Westufer praktisch schon auf der Zielgeraden sei. Nun stellt sich alles anders dar. Wir nehmen eine eindeutige Diskrepanz wahr zwischen dem Zwischenstand vom Jahresende und dem, was jetzt in der Presse zu lesen ist.

Die Kieler Nachrichten zitieren in ihrer Ausgabe vom 16. Januar im Artikel ‚Drogenszene: Die Kinder haben Angst‘ Ratsherrn Nesimi Temel (SPD) mit der Aussage, dass ein Aufenthaltsraum für die Drogenszene in Gaarden bereits in Arbeit sei. In der aktuellen Situation ist es im Sinne aller Kieler\*innen umso wichtiger, dass bei dieser Einrichtung keine ähnlichen Probleme entstehen wie beim Westufer-Konsumraum und dass dieses Projekt nun umso engagierter vorangetrieben wird. Die Stadt muss in Bezug auf die Entwicklung der Drogenproblematik dringend wieder vor die Entwicklung kommen.“

**Dazu ergänzt sein Fraktionskollege Ratsmitglied Marvin Schmidt:**

„Ich erwarte, dass die Gründe für die Verzögerung beim Drogenkonsumraum im zuständigen Ausschuss dargelegt werden und die Selbstverwaltung in Zukunft in den Planungsprozess eingebunden wird. Künftig sollten solche Überraschungen vermieden werden. Die Stadt trägt auch eine Verantwortung gegenüber den Menschen mit Drogenerkrankungen. Die Situation in Gaarden mahnt uns, hier gründlich zu arbeiten.“